

APRIL 2014 | WWW.SPD-FRAKTION-NIEDERSACHSEN.DE

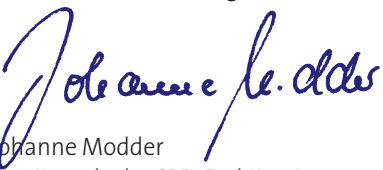
**EDITORIAL**



**LIEBE LESERINNEN UND LESER,** im Flächenland Niedersachsen hat der Erhalt und der Ausbau von Infrastruktur eine zentrale Bedeutung. Zu dieser Infrastruktur gehört auch das umfangreiche Landesvermögen mit Landesstraßen und Liegenschaften im Eigentum des Landes Niedersachsen. Die frühere CDU/FDP-Landesregierung hat die Infrastruktur des Landes kaputt gespart. Wir setzen hier ein klares Signal dagegen: Mit der Mehrheit der Rot-Grünen Regierungskoalition hat der Landtag im Dezember 2013 einen Nachtragshaushalt verabschiedet und damit ein Sondervermögen von 120 Millionen Euro geschaffen, das wir für Investitionen in die Infrastruktur verwenden wollen.

Mit diesem Sondervermögen, bei dem wir von diesem Jahr an bis 2017 jedes Jahr 30 Millionen Euro in die Infrastruktur investieren. Für die Sanierung von Landesstraßen – mit einem Schwerpunkt auf Ortsdurchfahrten – werden für die nächsten vier Jahre jährlich zehn Millionen Euro investiert. Für die energetische Sanierung und Modernisierung der Gebäude des Landes in vielen Städten und Gemeinden stellen wir in diesem Jahr 20 Millionen, bis 2017 80 Millionen Euro zur Verfügung.

Dieses Investitionsprogramm wird für Baubranche und Zulieferer in Niedersachsen eine wirtschaftliche Belebung bringen und Arbeitsplätze sichern. Wir hinterlassen unseren Nachkommen damit eine intakte Infrastruktur und leisten einen Beitrag zum Klimaschutz. Wir wissen, dass höhere Investitionen erforderlich wären. Mit dem Sondervermögen und dem Haushalt 2014 machen wir aber einen großen Schritt!

  
 Johanne Modder  
 Vorsitzende der SPD-Fraktion im  
 Niedersächsischen Landtag

## ROT-GRÜN BEFÖRDERT JETZT 1500 POLIZISTEN

**A11-ERLASS** Anerkennung für hochqualifizierte Beamte – SPD-Landtagsfraktion begrüßt bessere Perspektiven und Familienfreundlichkeit *Von Frank Jungbluth*

**R**egierungskoalition und Rot-Grüne Landesregierung sorgen mit dem sogenannten A11-Erlass dafür, dass die Qualität der Polizeiarbeit in Niedersachsen langfristig gesichert wird. **Karsten Becker, Experte für Polizeithemen in der SPD-Landtagsfraktion, erklärt im Gespräch die Änderungen und die Vorteile der neuen Politik.**

**TiL: Für tausende Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte war zu Zeiten der früheren schwarz-gelben Landesregierung beim Thema Beförderung im gehobenen Dienst schon nach dem Einstieg Schluss. Was wird jetzt anders?**

**Karsten Becker:** Zunächst einmal können wir erfreut feststellen, dass der Erlass des früheren CDU-Innenministers Uwe Schünemann Geschichte ist. Dieser Erlass aus dem Jahr 2010 war ein Affront gegen Tausende Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte, die auf Dienstposten als Kommissare oder Oberkommissare keine Chance mehr hatten, befördert zu werden. Schünemann hat die früheren Regelungen zynisch als Absitzen bis zum Hauptkommissar verunglimpft, dabei hat er schlicht vergessen, wie wichtig langjährige und damit hochqualifizierte Polizeiarbeit auf einem Dienstposten ist. Das gilt vor allem für Spezialistinnen und Spezialisten. Diesen Beamten ist jetzt mit zunächst 1500 Stellenhebungen nach A10 bzw. A11 die Chance eröffnet, in ihrer Dienststelle auf ihrem Dienstposten zu verbleiben und dennoch aufsteigen zu können.

**TiL: Was sind die Vorteile der Veränderung?**

**Karsten Becker:** Da gibt es mehrere Vorteile zu nennen. Zum einen haben wir bei vielen der Spezialisten in den Dienststellen eine langjährige Erfahrung. Nehmen wir zum Beispiel einen Brandermittler. Eine Beamtin oder ein Beamter der aufwändig fortgebildet ist, und somit ein großes Wissen erworben hat, ermittelt einfach schneller und effizienter. Wenn sich diese Mitarbeiterin oder dieser Mitarbeiter auf eine Beförderungsplanstelle wewer-



ben muss, auf denen diese fachlichen Kompetenzen nicht mehr angewendet werden können, ist das absurd. Die Folgen waren: Kompetenzverlust in der Organisation und eine geringe Zufriedenheit im Beruf bei den betroffenen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten. Hinzu kommt, dass das alte Modell tendenziell der Mobilitätswirtschaft und weniger den Kompetenzen gedient hat. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die beispielsweise aus familiären Gründen ihren Dienort nicht wechseln konnten, waren dramatisch benachteiligt. Das betrifft natürlich vor allem junge Eltern und Frauen.

**TiL: Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein wichtiges Kriterium für die Nachwuchsgewinnung bei der Polizei Niedersachsen ...**

**Karsten Becker:** Das ist genau der Punkt. Man kann nicht einerseits versuchen, junge Frauen und Männer für den Polizeiberuf zu gewinnen, um die Arbeit auch in Zukunft sicherzustellen, und auf der anderen Seite mit von vorne herein begrenzten Beförderungsmöglichkeiten gute Bewerber abschrecken. Man kann ja einem Abiturienten nicht erzählen, dass nach dem Bachelorstudium bei der Polizei dann mit dem Einstieg als Kommissarin oder Kommissar bereits das Ende der Aufstiegsmöglichkeiten erreicht ist. Unsere Polizistinnen wollen sich für Beruf, Karriere und Kinder entscheiden. Ein Beruf, der diese Vereinbarkeit nicht zulässt, kommt für Frauen dann eher nicht infrage. Insofern ist mit dem neuen Erlass unseres Innenministers Boris Pistorius auch ein wichtiger Schritt zur größeren Attraktivität des Polizeiberufs gelungen. ■

**Der Polizeiberuf in Niedersachsen wird mit besseren Aufstiegschancen attraktiver.**

*Foto: Anette Gilke*



**Karsten Becker, SPD-MdL aus Stadthagen, Polizeiexperte im Ausschuss für Inneres und Sport.**

# MODERNES UND BESSERES ABI FÜR NIEDERSACHSEN

**NEUES SCHULGESETZ** Abitur an Gymnasien ab 2015 wieder nach 13 Jahren – Modernes Abi und keine Rolle rückwärts – Kleinere Klassen – Mehr Förderung

Von Frank Jungbluth



Foto: shutterstock

Es ist eine Entscheidung, die in der Bildungsrepublik Deutschland für Aufsehen sorgt: An Niedersachsens Gymnasien, das ist die einhellige Empfehlung einer Expertenrunde an Kultusministerin Frauke Heiligenstadt, wird das Abitur nach 13 Jahren wieder eingeführt. Zum Sommer 2015 soll das niedersächsische Schulge-

setz dahin gehend geändert werden. Ab dem Schuljahr 2015/2016 werden alle Schülerinnen und Schüler, die dann die Klassen 5, 6, 7 und 8 besuchen, ihr Abitur wieder nach 13 Jahren absolvieren. Der Abschied vom »Turbo-Abi« nach 12 Schuljahren fällt nicht schwer.

»Das Turbo-Abi hat die frühere schwarz-gelbe Landesregierung überhastet eingeführt. Schon nach kurzer Zeit hat sich gezeigt, dass diese Bildungsreform der CDU/FDP-Landesregierung ein unausgeglichener Versuch war, dem Zeitgeist damals zu entsprechen. Über die langfristigen Konsequenzen ist dabei leider nicht lange genug nachgedacht worden«, erklärt der schulpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Claus Peter Poppe, das Problem.

Das Ergebnis des Dialogforums und der Expertenrunde ist eindeutig und die positiven Reaktionen von Eltern, Schülervertretungen und Verbänden bestätigen, dass es richtig war, diese Veränderung beim Abitur gemeinsam mit allen Beteiligten gut vorzubereiten. »Ebenso gut wird jetzt die Änderung des Schulgesetzes vorbereitet. Dabei wollen wir nicht die Fehler der Vorgängerregierung

wiederholen und überhastet umstellen. Das braucht Zeit, auch darauf haben GEW und Philologenverband hingewiesen. Konsequenz und richtig, nennt das die Direktorenvereinigung«, sagt SPD-Bildungsexperte Poppe.

Die wichtigsten Schwerpunkte für das moderne Abitur zählt der schulpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion auf: »Nachhaltiges Lernen braucht Zeit. Diese Zeit geben wir den Schülerinnen und Schülern zurück. Zudem müssten Schulentwicklungen, die erfolgreich sein wollen, den gesellschaftlichen Entwicklungen entsprechen. Vor allem müssen sie nachhaltig sein und dürfen sich nicht an der Dauer von Legislaturperioden orientieren.«

Entscheidend sei auch, dass es bei dieser Bildungsreform in Niedersachsen nicht um ein einfaches Zurück zum alten G9-Abitur gehe. Claus Peter Poppe: »Die bessere Einbindung des Ganztages gilt es zu berücksichtigen. Es ist ferner wichtig, die bessere Studien- und Berufsorientierung mit zu bedenken. Auch die gymnasiale Oberstufe selbst wird modernisiert. Dies ist also keine Rolle rückwärts, sondern eine Fortentwicklung zu einem modernen G9.« ■

## FRAKTION IN AKTION

Zu den Aufgaben der Mitglieder der SPD-Landtagsfraktion gehören das Zuhören und die Kontaktpflege. Nur wer das Gespräch sucht, sein Ohr buchstäblich am Puls der Zeit hat, kann eine Politik verfolgen, die den Bedürfnissen der Menschen und den Erfordernissen der modernen Zeit gerecht wird. ■



Foto: privat

DER ARBEITSKREIS PETITIONEN DER FRAKTIONEN der SPD und von Bündnis 90/Die Grünen tauschte sich im Rahmen seiner Klausurtagung in Berlin vom 13. bis 14. März gemeinsam mit Abgeordneten des Bundestags und des Berliner Abgeordnetenhauses über Verbesserungen im Petitionsrecht aus. Dabei ging es neben Maßnahmen der Inklusion unter anderem um die Einführung von Online-Petitionen und eines Kinderpetitionenportals in Niedersachsen. v.l.: Christoph Bratmann MdL (SPD), Jana Melching (SPD-Fraktion), Volker Bajus MdL (Grüne), Petra Tiemann MdL (SPD), Michael Höntsch MdL (SPD), Bernd Lynack MdL (SPD), Axel Brammer MdL (SPD), Ottmar von Holtz MdL (Grüne), Mustafa Erkan MdL (SPD). ■



Foto: Aylin Saral

AUF EINLADUNG VON MUSTAFA ERKAN diskutierten bei der 2. Feuerwehrkonferenz am 10. März in Neustadt am Rübenberge Experten wie Klaus-Peter Bachmann, feuerwehrpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, über vorhandene Schwierigkeiten sowie Perspektiven und Lösungsansätze zur Förderung der ehrenamtlichen Feuerwehr.

v.l.: Mustafa Erkan MdL, Jörn Engel (Brandabschnittsleiter I Neustadt, Wunstorf und Garbsen), Klaus-Peter Bachmann (MdL und Landtagsvizepräsident), Klaus-Peter Sommer (Ortsbürgermeister von Neustadt am Rübenberge), Klaus-Peter Grote und Karl-Heinz Banse. ■



# TAUSENDE FEIERN ABSCHIED VOM ALTEN PLENARSAAL DES LANDTAGES

**TAG DER OFFENEN TÜR** SPD-Fraktion begrüßt zahlreiche Besucherinnen und Besucher mit Musik, Talk und Comedy – Spitzenpolitiker ein Besuchermagnet – Tombola für den guten Zweck – Erlös ans Kinderhospiz Löwenherz



Bei der Eröffnung v.l.: Landtagsvizepräsident Klaus-Peter Bachmann, Landtagspräsident Bernd Busemann, Landtagsvizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta, Fraktionsvorsitzende Johanne Modder



Johanne Modder begrüßte die Gäste im SPD-Fraktionsaal.



Alica Rother sorgte für den musikalischen Rahmen.



In zahlreichen Talks präsentierten die Moderatoren Rosa Legatis und Lars Wätzold verschiedene Gäste und Themen wie hier mit Frauke Heiligenstadt zum Thema Ganztagschulen.



Moderator Heiko Randermann (Neue Presse) sammelte im Plenarsaal alle Fraktionsvorsitzenden um sich und sprach mit ihnen über Themen wie den anstehenden Landtagsumbau.



Auch Ministerpräsident Stephan Weil stellte sich den Fragen des Moderators Lars Wätzold.



Beim »Gipfeltreffen« tauschten sich die Fraktionsvorsitzenden Johanne Modder und Thomas Oppermann aus der Bundestagsfraktion aus.



Die kleinen Besucher konnten am Europa-Glücksrad kleine Preise gewinnen.



Für die lockere Abwechslung sorgte »Else« (Jörg Schade, Pymonter TheaterCompanie).



»Unsere Neuen im Landtag« berichteten über ihr erstes Jahr im Parlament v. l.: Dr. Thela Wernstedt, Mustafa Erkan, Moderator Lars Wätzold, Immacolata Glosemeyer, Maximilian Schmidt.



»Europa trifft Niedersachsen« – darum ging es im Talk mit dem Hannoveraner Europaabgeordneten Bernd Lange und unserem Fraktionssprecher für Wirtschaft Gerd Will.

Fotos (11): Frank Jungbluth

## SPD-FRAKTION KÄMPFT FÜR HEBAMMEN

**GEBURTSHILFE** Versicherung mit Hilfe des Staates neu regeln – Honorare müssen steigen – Beruf für junge Frauen attraktiv machen – SPD-Fraktion unterstützt mit Entschließungsantrag

Von Frank Jungbluth

Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache: In Niedersachsen droht, wie im ganzen Bundesgebiet, ein Hebammen-Notstand. Seit die Versicherungsprämien für Berufsrisiken vor einigen Jahren astronomisch gestiegen sind und auch die letzte Versicherung, die Hebammen überhaupt Schutz anbietet, im Juli 2015 aus der Haftpflicht aussteigen will, wird die Situation dramatisch. Mit einem Entschließungsantrag im März-Plenum setzt sich die SPD-Landtagsfraktion gemeinsam mit den Grünen für die Geburtshelferinnen ein.

»Immer mehr Hebammen sind mit Blick auf die Kostenexplosion bei den Haftpflichtprämien aus dem Beruf ausgestiegen. Die Arbeit der Hebammen ist wichtig und nicht wegzudenken. Wir wollen die flächendeckende Geburtshilfe in Niedersachsen nachhaltig sichern«, erklärt dazu Uwe Schwarz, sozialpolitischer Sprecher und stellvertretender Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion. Schwarz verdeutlicht die prekäre Lage: »Bei ständiger

Bereitschaft Tag und Nacht erzielen Hebammen ein Brutto-Jahreseinkommen von circa 24 000 Euro. Davon müssen 5000 Euro für die Haftpflicht aufgewendet werden. Das führt dazu, dass wir in Niedersachsen heute nur noch 30 Hebammen haben, die Hausgeburten anbieten. Im Jahr 2007 waren es noch fast 100.«

Deshalb fordert die SPD-Landtagsfraktion mit ihrem Entschließungsantrag, dass die Landesregierung sich auf Bundesebene dafür einsetzen möge, die Berufshaftpflicht für die Geburtshilfe in die gesetzliche Unfallversicherung zu überführen oder einen aus Bundesmitteln steuerfinanzierten Haftungsfonds einzurichten, durch den die über die Haftungshöchstgrenzen hinausgehenden möglichen Schäden bezahlt werden können. »Mit einer dieser beiden Möglichkeiten kann die Belastung der Hebammen in Grenzen gehalten werden. Der Beruf bliebe attraktiv und vor allem zukunftssicher«, sagt der SPD-Sozialpolitiker Uwe Schwarz dazu.



Foto: shutterstock

Zudem soll eine Landesstatistik in Niedersachsen erstellt werden, in der Anzahl, Tätigkeitsfeld und Leistungsspektrum der in Niedersachsen tätigen Hebammen erfasst werden. Die Landesregierung soll darüber hinaus daran mitwirken, dass der Hebammen-Beruf durch eine nachhaltig ausreichende Einkommenssicherung wieder attraktiv wird. SPD-Sozialexperte Uwe Schwarz: »Die Anhebung der Vergütung für Hebammen ist ein weiteres Ziel, damit Frauen wieder motiviert werden, in diesen wichtigen Beruf einzusteigen.« ■

### Impressum

**Herausgeber:** SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag

**Verantwortlich:** Lars Wegener, Geschäftsführer der SPD-Fraktion Niedersachsen

**Mitarbeiter an dieser Ausgabe:** Frank Jungbluth, Nelly Schmitt

**Bildnachweis:** SPD-Fraktion, Anette Gilke, Frank Jungbluth, Aylin Saral, Shutterstock

**Redaktionsschluss:** 27. März 2014

**Redaktion:** Frank Jungbluth, frank.jungbluth@lt.niedersachsen.de

**Anschrift:**

Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1  
30159 Hannover

www.spd-fraktion-niedersachsen.de

**Layout & Satz:** Anette Gilke  
mail@AnetteGilke.de